

„Die Parteien der Mitte müssen integrieren“

LW-Interview mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

(MaG) – Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, war am vergangenen Freitag in Luxemburg. Der Christdemokrat nahm an der Geburtstagsfeier vom hiesigen CDU/CSU-Freundeskreis teil, der vor 20 Jahren gegründet wurde. Am Rande dieser Veranstaltung unterhielten wir uns mit Fraktionschef Merz über den Wahlkampf in Deutschland, aber auch über das Aufkommen rechtsextremer Parteien in Europa. In diesem Zusammenhang erinnerte der CDU-Mann an den Integrationsauftrag der Parteien der Mitte. Was das Wahlprogramm der Unionsparteien angeht, so wird dieses – laut Merz – ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik stehen. Kompetenzen in diesen Politikbereichen seien immerhin seit 1976 wahlentscheidend.

Luxemburger Wort: Die extreme Rechte erlebt zurzeit in Europa einen Aufschwung. Le Pen in Frankreich und Fortuyn in den Niederlanden, das sind nur zwei Beispiele, die dies klar untermauern. Worauf führen Sie diesen Rechtsruck zurück?

Friedrich Merz: Es gibt Ängste in der Bevölkerung: vor Überfremdung, vor der Globalisierung. Viele Menschen kommen mit der Geschwindigkeit der Entwicklung nicht klar. Dann versagen häufig die etablierten Parteien der Mitte. Sie sind nicht immer in der Lage, zu integrieren. Wir in der Union haben aber eben diese Integration immer als eine prioritäre Aufgabe empfunden. Wie Franz Josef Strauss das schon vor vielen Jahren gesagt hat: „Rechts von der Union darf es auf Dauer nie eine demokratisch legitimierte Partei geben.“ Diesem Auftrag wurden wir stets gerecht. Es ist immer wieder gelungen, die Wähler zur Mitte hin zu bewegen. Das war und ist in anderen Ländern nicht der Fall.

„Keine Zusammenarbeit mit Extremisten“

LW: Sie gehen also davon aus, dass auch heute Rechtsextreme in Deutschland keine Chance haben?

F. Merz: Ich glaube, dass die großen demokratischen Volksparteien der Mitte die Aufgabe haben, zu integrieren. Wenn das gelingt, können links- oder rechtsextreme Parteien nicht entstehen. Es hat auch in Deutschland Entwicklungen nach Rechts gegeben, aber wir wussten immer zu reagieren. Eine Zusammenarbeit mit solchen Parteien kam nie in Frage. Diese Position haben wir durchgehalten. In der Folge sind diese extremistischen Parteien dann auch verschwunden. Die Wähler haben eingesehen, dass es keinen Sinn macht, sie zu wählen.

„Nicht in Angelegenheiten anderer Länder einmischen“

LW: Sie sagen, die Unionsparteien würden nicht mit Extremis-



ten zusammenarbeiten. Nun ist die CDU/CSU aber Mitglied in der Europäischen Volkspartei. Dort gibt es Mitglieder, die mit dem extremistischen Lager kooperieren. Zum Beispiel die Berlusconi-Partei in Italien und die Haider-FPO in Österreich. Das könnte doch Signalwirkung haben?

F. Merz: Wir sollten es unterlassen, mit dem Zeigefinger auf andere Länder zu zeigen, die ihre

spezifischen Probleme haben. Ich habe das selber erlebt, wie die Forza Italia entstanden ist und in die Europäische Volkspartei aufgenommen wurde. Durch diese Mitgliedschaft und die Präsenz im Europäischen Parlament wurde die Partei zu einer Kraft, die ohne Wenn und Aber zur EU und zum Integrationsprozess steht. Und das nenne ich ein gelungenes Beispiel politischer Integration auf europäischer Ebene.

LW: Aber ist das denn wirklich ein gutes Signal?

F. Merz: Nochmals: Ich möchte mich nicht in die Angelegenheiten anderer europäischer Länder einmischen. Aber was die Forza Italia und die EVP betrifft, so meine ich, dass wir richtig gehandelt haben. Wir haben solche Parteien auf unseren Weg mitgenommen. Und wissen Sie, es macht wenig Sinn, kleine Länder an den Pranger zu stellen, wenn dort Koalitionen zustande gekommen sind, die sich als notwendig erwiesen haben. Ich werde einen Teufel tun, diese Koalitionen öffentlich zu bewerten oder zu verurteilen.

LW: Zurück nach Frankreich. Welche Schlüsse kann man aus dem guten Abschneiden von Le Pen und seinen antieuropäischen Thesen ziehen?

F. Merz: Das war vor zwei Wochen in erster Linie ein Wahlergebnis, das die heillose Zerstrittenheit der französischen Linken dokumentiert. Die politische Mitte – oder Rechte, wie sie in Frankreich heißt – ist auch nicht unbedingt geeint. Zum Glück ist es auf der bürgerlichen Seite aber nicht derart schlimm wie im linken Lager. Das sollte einem aber alles zu denken geben.

„Konkrete Vorschläge für den Arbeitsmarkt“

LW: Heute Montag werden Sie zusammen mit dem Kanzlerkandidaten und der Parteivorsitzenden das Programm der Unionsparteien für die Bundestagswahl vorstellen. Mit welchen Themen wollen Sie die Bürger fesseln?

F. Merz: Der entscheidende Punkt werden unsere Angebote zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sein. Wir rechnen damit, dass aller Voraussicht nach die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt das beherrschende Thema der Bundestagswahl sein wird. Seit 1976 sind alle Wahlen mit der wirtschafts- und arbeitspolitischen Kompetenz entschieden worden.

LW: Und wo liegen da die Unterschiede zwischen Union und SPD?

F. Merz: Der Bundeskanzler hat 1998 angekündigt, die Zahl der Arbeitslosen zumindest unter 3,5 Millionen zu senken. Dieses Ziel kann Schröder nicht mehr erreichen. Wir werden hingegen konkrete Vorschläge machen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir konzentrieren uns dabei auf den ersten Arbeitsmarkt und die Stärkung der Familien. Eines unserer Anliegen ist es, einen stärkeren Zusammenhang herzustellen zwischen Ar-

beitsmarkt, Wirtschaft, Familien- und Sozialpolitik. Das wird die zentrale innenpolitische Botschaft von CDU und CSU sein. Wir werden darüber hinaus Europa, die internationale Verantwortung Deutschlands und die innere Sicherheit thematisieren und in diesen Bereichen auch klare Antworten geben.

LW: Sie haben die innere Sicherheit nur am Rande erwähnt. Ist es aber nicht gerade dieses Thema, das die Menschen bewegt, das Ihnen gewissermaßen von der Straße aufgezungen werden könnte?

F. Merz: Das kann sein. Dabei möchte ich daran erinnern, dass innere Sicherheit und äußere Sicherheit kaum noch voneinander getrennt werden können. Das Thema Sicherheit hat seit dem 11. September eben eine ganz andere Dimension bekommen. Das ist klar. Nach unserer Einschätzung aber wird – vorausgesetzt, es kommt nicht zu neuen tragischen Ereignissen – die Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik das entscheidende Thema bei der Bundestagswahl sein.

„Familien mit Kindern besser stellen“

LW: Nun sind bereits einige Punkte ihres ambitionierten Wahlprogramms an die Öffentlichkeit gedrungen. Kritiker sagen, die vorgeschlagenen Maßnahmen seien nicht zu finanzieren. Es sei denn, es werde massiv eingespart. Da geht die Rede von einem 50-Milliarden-Euro-Paket. Haben Sie nicht ein bisschen hoch gegriffen oder kommt es tatsächlich auf einigen Politikfeldern zu Budgetkürzungen?

F. Merz: Da werden jetzt ganz gezielt Zahlen in die Welt gesetzt. Die SPD verbreitet regelrechte Horrorzahlen. Wir wollen in zwei Bereichen mehr Geld ausgeben. Das wird für die Familien sein, wo wir einen Verfassungsauftrag zu erfüllen haben. Gerade die Familien mit Kindern müssen in Deutschland besser gestellt werden. Dann werden wir auch etwas für die Streitkräfte tun müssen. In anderen Bereichen wird eingespart. Wir müssen zum Beispiel bei der sozialen Sicherheit Korrekturen vornehmen, die allerdings den Familien zugute kommen werden. Die hohen Subventionen für den zweiten und den dritten Arbeitsmarkt können wir nicht so weiterführen, wie das bisher der Fall war.

„Wir werden gewinnen“

LW: Vorausgesetzt, Stoiber gewinnt die Wahl. Was wird dann aus Friedrich Merz?

F. Merz: Ich werde alles tun, um der Regierung zum Erfolg zu verhelfen. Über Personal wird nach der Wahl gesprochen.

LW: Und den Fall gesetzt, Schröder bleibt im Amt?

F. Merz: Ich gehe davon aus, dass die Unionsparteien gewinnen werden.

LW: Herr Merz, vielen Dank für dieses Gespräch.



Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, kommentierte im Gespräch mit LW-Redakteur Marc Glesener den Aufschwung der extremen Rechte in Europa. „Viele Menschen kommen mit der Geschwindigkeit der Entwicklung nicht klar. Dann versagen häufig die etablierten Parteien der Mitte. Sie sind nicht immer in der Lage, zu integrieren“, argumentierte Merz. (Photos: Tessa Hansen)